

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz - BayLErzGG)

A) Problem

Zum 1. Januar 2007 trat das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) in Kraft, das das Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG) ersetzt. Das Elterngeld verfolgt eine grundlegend andere Zielsetzung als das Erziehungsgeld und macht daher eine Anpassung des Landeserziehungsgeldes erforderlich. Das Landeserziehungsgeld erreichte bei seiner Einführung im Jahr 1989 in Bayern 64 % der Eltern. Wegen der im Wesentlichen unveränderten Einkommensgrenzen werden Familien mit mittleren Einkommen von der Leistung immer weniger erreicht. In den vergangenen Jahren wurde das Landeserziehungsgeld etwa der Hälfte aller Eltern ausgezahlt.

Die Zielsetzung des Landeserziehungsgeldes soll um den Aspekt der Gesundheitsprävention ergänzt werden. Trotz einer durchgängig hohen Quote der Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen im frühen Kindesalter nimmt ein Teil der Eltern die Untersuchungen U 6 und U 7 nicht in Anspruch.

B) Lösung

Das Landeserziehungsgeld bleibt als wichtige familienpolitische Leistung des Landes erhalten. Es wird vorgezogen und als Anschlussleistung an das Bundeselterngeld gewährt.

Durch Anhebung der Einkommensgrenzen von 16.500 € für Paare bzw. 13.500 € für allein erziehende Eltern auf 25.000 € bzw. auf 22.000 € für Geburten ab 1. Januar 2009 werden rd. 63 % der Eltern und damit nahezu so viele Eltern wie im Jahr 1989 erreicht.

Die maximalen individuellen Leistungshöhen der Geldleistung werden um jeweils 50 € gesenkt, um die Anhebung der Einkommensgrenzen zu finanzieren und andererseits das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht zu gefährden.

Durch die Koppelung der Leistung an die Durchführung der Vorsorgeuntersuchungen U 6 (bei Leistungsbeginn zwischen dem 13. und 24. Lebensmonat) bzw. U 7 (bei Leistungsbeginn zwischen dem 25. und dem 29. Lebensmonat) wird die Gesundheitsprävention als zusätzliches neues Ziel des Landeserziehungsgeldgesetzes etabliert; die Eltern werden an die Durchführung der Untersuchungen erinnert und erhalten einen finanziellen Anreiz.

Der Gesetzentwurf sieht die Möglichkeit einer Anpassung der Einkommensgrenzen durch Rechtsverordnung vor. Damit wird einer langjährigen Forderung des Freistaats Bayern für das Bundeserziehungsgeld Rechnung getragen und sichergestellt, dass dauerhaft rd. 63 % der Eltern Landeserziehungsgeld erhalten.

Auf Grund des Außerkrafttretens des BErzGG muss eine Reihe von Regelungen in das Landeserziehungsgeldgesetz überführt werden, auf die zuvor verwiesen wurde. Die Ablösung des BErzGG durch das BEEG führt ferner in einer Reihe von Gesetzen zu redaktionellen Anpassungen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

I. Kosten des Staates

Im Endausbau (ab 2011) sind jährliche Ausgaben von 114,7 Mio. € zu erwarten. Diese Kosten sind geringfügig niedriger als der Haushaltsansatz für 2008 (114,9 Mio. €).

In der Übergangszeit sind zu veranschlagen: im Jahr 2008 149,6 Mio. €, im Jahr 2009 132,1 Mio. € und im Jahr 2010 96,5 Mio. €. Durch das Vorziehen der Leistung entsteht in den Jahren 2008 und 2009 ein einmaliger Überlappungseffekt. Dieser verursacht insgesamt Kosten von 51,9 Mio. €, die teilweise aus dem Einzelplan 10 gegenfinanziert werden können, im Übrigen durch den Staatshaushalt getragen werden müssen.

Die vom Bundeserziehungsgeld- und Elternzeitgesetz abweichende Einkommensberechnung und der Zuwachs an Antragstellern durch die Anhebung der Einkommensgrenzen wird personelle Kapazitäten in Höhe von ca. 14 Stellen binden.

Durch die Dynamisierung der Einkommensgrenzen sind keine Mehrkosten zu erwarten. Diese erfolgt zur Sicherstellung, dass dauerhaft rd. 63 % der Eltern Landeserziehungsgeld bzw. den Zuschuss erhalten. Anderenfalls würden bei steigenden Einkommen ohne Anhebung der Einkommensgrenzen immer mehr Eltern aus dem Kreis der Bezugsberechtigten ausscheiden.

II. Kosten der Wirtschaft

Nach den Erfahrungswerten beim Vollzug des Landeserziehungsgeldgesetzes a. F. ist bei etwa 30 % der Anträge eine Bescheinigung des Arbeitgebers über das monatliche Einkommen für die Bezugszeit, Sonderzuwendungen, sonstige Zuwendungen oder die Arbeitszeit gem. Art. 13 Abs. 2 und 3 erforderlich. Veränderungen sind insofern durch die Neufassung nicht zu erwarten. Im Endausbau ist daher mit etwa 18.000 Bescheinigungen jährlich zu rechnen. Da die erforderlichen Daten regelmäßig über elektronische Datenverarbeitung abrufbar sind, wird der Zeitaufwand pro Erstellung einer Bescheinigung schätzungsweise etwa zehn Minuten eines Sachbearbeiters in der Lohnbuchhaltung betragen. Die den Arbeitgebern für die sich ergebenden 3.000 Stunden entstehenden Kosten für Gehalt einschließlich Nebenkosten dürften unter 100.000 € betragen. Die Sachkosten sind zu vernachlässigen.

III. Kosten der Bürger

Den Bürgern entstehen keine Mehrkosten.

Gesetzentwurf

zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes
(Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz - BayLErzGG)

2170-3-A

**Gesetz zur Neuordnung des
Bayerischen Landeserziehungsgeldes
(Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz – BayLErzGG)**

Inhaltsübersicht

- Art. 1 Berechtigte
- Art. 2 Härtefallregelung
- Art. 3 Zusammentreffen von Ansprüchen
- Art. 4 Beginn, Dauer und Ende des Anspruchs
- Art. 5 Höhe des Landeserziehungsgeldes, Einkommensgrenzen
- Art. 6 Einkommen
- Art. 7 Berücksichtigung bei anderen Sozialleistungen, Pfändung
- Art. 8 Mitwirkungspflichten, Einkommens- und Arbeitszeitnachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers
- Art. 9 Rechtsweg
- Art. 10 Ordnungswidrigkeiten
- Art. 11 Ergänzendes Verfahren
- Art. 12 Verordnungsermächtigungen
- Art. 13 Statistik
- Art. 14 Übergangsregelungen
- Art. 15 Änderung anderer Rechtsvorschriften
- Art. 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Art. 1 Berechtigte

- (1) ¹Anspruch auf Landeserziehungsgeld hat, wer
1. seine Hauptwohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt seit mindestens zwölf Monaten vor Leistungsbeginn im Freistaat Bayern hat,
 2. mit einem Kind, für das ihm die Personensorge zusteht, in einem Haushalt lebt,
 3. dieses Kind selbst betreut und erzieht,
 4. für dieses Kind
 - a) bei Leistungsbeginn zwischen dem 13. und dem 24. Lebensmonat den Nachweis über die Durchführung der Früherkennungsuntersuchung für Kinder U 6 gemäß den Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die Früherkennung von Krankheiten bei Kindern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (Kinder-Richtlinien),
 - b) bei Leistungsbeginn zwischen dem 25. und dem 29. Lebensmonat den Nachweis über die Durchführung der Früherkennungsuntersuchung für Kinder U 7 gemäß den Kinder-Richtlinien oder
 - c) bei späterem Leistungsbeginn (Art. 4 Nr. 2) den Nachweis über eine zeitnahe Früherkennungsuntersuchung für Kinder gemäß den Kinder-Richtlinien führt,
 5. keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausübt und
 6. die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum besitzt (EU/EWR-Bürger) oder wer auf Grund völkerrechtlicher oder gemeinschaftsrechtlicher Abkommen mit Drittstaaten den EU/EWR-Bürgern insoweit gleichgestellt ist.
- ²Auf die Vorwohndauer im Sinn von Satz 1 Nr. 1 wird verzichtet, wenn der Berechtigte aus einem Land zuzieht, das eine vergleichbare Leistung vorsieht, und die Gegenseitigkeit sichergestellt ist.
- (2) ¹Die Voraussetzungen des Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 kann ein Antragsteller, der
1. im Rahmen seines in Deutschland bestehenden Beschäftigungsverhältnisses vom Freistaat Bayern aus vorübergehend in ein anderes Land oder ins Ausland entsandt ist und im Fall der Entsendung ins Ausland auf Grund über- oder zwischenstaatlichen Rechts oder nach

- § 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch dem deutschen Sozialversicherungsrecht unterliegt,
2. im Rahmen seines in Deutschland bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses vorübergehend in ein Gebiet außerhalb des Freistaates Bayern abgeordnet, versetzt oder kommandiert ist, oder
 3. Entwicklungshelfer im Sinn des § 1 des Entwicklungshelfer-Gesetzes ist,

auch durch Zeiten vor Beginn dieser Tätigkeiten erfüllen. ²Satz 1 gilt auch für den mit dem Antragsteller in einem Haushalt lebenden Ehegatten, wenn dieser im Ausland keine Erwerbstätigkeit ausübt, welche den dortigen Vorschriften der sozialen Sicherheit unterliegt.

(3) Einem in Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Kind stehen gleich

1. ein Kind, das mit dem Ziel der Annahme als Kind bei der berechtigten Person aufgenommen ist,
2. ein Kind des Ehegatten oder Lebenspartners, das der Antragsteller in seinen Haushalt aufgenommen hat,
3. ein leibliches Kind des nicht sorgeberechtigten Antragstellers, mit dem dieser in einem Haushalt lebt.

(4) Lebt das Kind im Ausland, genügt der Nachweis über die Durchführung einer der Früherkennungsuntersuchung gemäß Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 vergleichbaren ärztlichen Untersuchung.

(5) ¹Der Anspruch auf Landeserziehungsgeld besteht auch, wenn der Antragsteller nicht die Voraussetzungen gemäß Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 erfüllt, jedoch das Kind, für das Landeserziehungsgeld beantragt wird, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. ²Bei Ehepaaren, Lebenspartnern und Eltern in eheähnlicher Gemeinschaft gilt Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 auch dann als erfüllt, wenn der Partner EU/EWR-Bürger ist oder auf Grund völkerrechtlicher oder gemeinschaftlicher Abkommen mit Drittstaaten den EU/EWR-Bürgern insofern gleichgestellt ist und der Antragsteller

1. eine Niederlassungserlaubnis besitzt,
2. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, es sei denn, die Aufenthaltserlaubnis wurde
 - a) nach § 16 oder § 17 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erteilt,
 - b) nach § 18 Abs. 2 AufenthG erteilt und die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit darf nach der Beschäftigungsverordnung nur für einen bestimmten Höchstzeitraum erteilt werden,
 - c) nach § 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Kriegs in seinem Heimatland oder nach den §§ 23a, 24, 25 Abs. 3 bis 5 AufenthG erteilt

oder

3. eine in Nr. 2 Buchst. c genannte Aufenthaltserlaubnis besitzt und

- a) sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhält und
- b) im Bundesgebiet berechtigt erwerbstätig ist, laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) bezieht oder Elternzeit in Anspruch nimmt.

³Maßgebend ist der Monat, in dem die Voraussetzungen des Satzes 2 eintreten.

(6) Der Anspruch auf Landeserziehungsgeld bleibt unberührt, wenn der Antragsteller aus einem wichtigen Grund die Betreuung und Erziehung des Kindes nicht sofort aufnehmen kann oder sie unterbrechen muss.

(7) Eine Person ist nicht voll erwerbstätig, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit 30 Wochenstunden im Durchschnitt des Monats nicht übersteigt, sie eine Beschäftigung zur Berufsbildung ausübt oder sie eine geeignete Tagespflegeperson im Sinn des § 23 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist und nicht mehr als fünf Kinder in Tagespflege betreut.

(8) Der Bezug von vergleichbaren Leistungen anderer Länder schließt den Bezug von Landeserziehungsgeld aus.

Art. 2

Härtefallregelung

(1) ¹In Fällen besonderer Härte, insbesondere bei schwerer Krankheit, Behinderung oder Tod eines Elternteils oder bei erheblich gefährdeter wirtschaftlicher Existenz kann von dem Erfordernis der Personensorge oder den Voraussetzungen des Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3 und 5 abgesehen werden. ²Das Erfordernis der Personensorge kann jedoch nur entfallen, wenn die sonstigen Voraussetzungen des Art. 1 Abs. 1 erfüllt sind, das Kind mit einem Verwandten bis dritten Grades oder dessen Ehegatten oder Lebenspartner in einem Haushalt lebt und für dieses Kind kein Landeserziehungsgeld von einem Personensorgeberechtigten in Anspruch genommen wird.

(2) In Fällen besonderer Härte, insbesondere bei längerem Krankenhausaufenthalt des Kindes, kann von dem Nachweis nach Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, Abs. 4 abgesehen werden.

Art. 3

Zusammentreffen von Ansprüchen

(1) ¹Für die Betreuung und Erziehung eines Kindes wird nur einer Person Landeserziehungsgeld gezahlt. ²Werden in einem Haushalt mehrere Kinder betreut und erzogen, wird für jedes Kind Landeserziehungsgeld gezahlt.

(2) ¹Erfüllen beide Elternteile oder Lebenspartner die Anspruchsvoraussetzungen, so wird das Landeserziehungsgeld demjenigen gezahlt, den sie zum Berechtigten bestimmen. ²Die Bestimmung kann nur geändert werden, wenn die Betreuung des Kindes nicht mehr sichergestellt werden kann.

(3) Einem nicht sorgeberechtigten Elternteil kann das Landeserziehungsgeld nur mit Zustimmung des sorgeberechtigten Elternteils gezahlt werden.

(4) Ein Wechsel in der Anspruchsberechtigung wird mit Beginn des folgenden Lebensmonats des Kindes wirksam.

Art. 4

Beginn, Dauer und Ende des Anspruchs

(1) ¹Landeserziehungsgeld wird ab dem 13. Lebensmonat des Kindes gewährt, jedoch nicht vor dem Ablauf des letzten Auszahlungsmonats des Elterngeldes nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). ²Landeserziehungsgeld wird für das erste Kind für sechs Monate und für jedes weitere Kind für zwölf Monate gewährt, längstens jedoch bis zur Vollendung des 36. Lebensmonats des Kindes. ³Der Antrag kann frühestens ab dem neunten Lebensmonat des Kindes gestellt werden.

(2) ¹Für angenommene Kinder und Kinder im Sinn des Art. 1 Abs. 3 Nr. 1 wird Landeserziehungsgeld entsprechend Abs. 1 gewährt. ²An die Stelle des Geburtstags tritt der Tag der Aufnahme mit dem Ziel der Annahme als Kind bei der berechtigten Person. ³Der Anspruch endet spätestens mit der Vollendung des neunten Lebensjahres des Kindes. ⁴Landeserziehungsgeld wird auch dann gezahlt, wenn bereits zuvor eine andere Person für dieses Kind Landeserziehungsgeld bezogen hat.

(3) Das Landeserziehungsgeld wird auf schriftlichen Antrag gewährt, rückwirkend höchstens für die letzten drei Lebensmonate vor Beginn des Monats, in dem der Antrag auf Landeserziehungsgeld eingegangen ist.

(4) Vor Ende der in Abs. 1 und 2 genannten Zeiträume endet der Anspruch mit dem Ablauf des Lebensmonats, in dem eine der Anspruchsvoraussetzungen entfallen ist.

Art. 5

Höhe des Landeserziehungsgeldes, Einkommensgrenzen

(1) ¹Landeserziehungsgeld wird für das erste Kind bis zu einer Höhe von 150 € monatlich, für das zweite Kind bis zu einer Höhe von 200 € monatlich, für das dritte Kind und jedes weitere Kind bis zu einer Höhe von 300 € monatlich gezahlt. ²Es zählen nur Kinder des Berechtigten oder seines nicht dauernd von ihm getrennt lebenden Ehegatten, für das ihm oder seinem Ehegatten Kindergeld gezahlt wird oder ohne die Anwendung des § 65 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder des § 4 Abs. 1 des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) gezahlt würde.

(2) ¹Das Landeserziehungsgeld ist einkommensabhängig. ²Es verringert sich, wenn das Einkommen im Sinn von Art. 6 bei Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, 25 000 € und bei anderen Berechtigten 22 000 € übersteigt. ³Die Beträge der Einkommensgrenzen nach Satz 1 erhöhen sich um 3 140 € für jedes weitere Kind im Sinn von Abs. 1 Satz 2. ⁴Für Eltern in einer eheähnlichen Gemeinschaft gelten die Vorschriften zur Einkommensgrenze für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben. ⁵Für Lebenspartner gilt die Einkommensgrenze für Verheiratete entsprechend.

(3) Das Landeserziehungsgeld wird bei Überschreiten der in Abs. 2 geregelten Einkommensgrenzen beim ersten Kind um fünf v.H., beim zweiten Kind um sechs v.H., beim dritten und jedem weiteren Kind um sieben v.H. des die Einkommensgrenzen übersteigenden Betrags gemindert.

(4) ¹Das Landeserziehungsgeld wird im Laufe des Lebensmonats gezahlt, für den es bestimmt ist. ²Soweit das Landeserziehungsgeld für Teile von Monaten zu leisten ist, beträgt es für einen Kalendertag ein Dreißigstel des jeweiligen Monatsbetrags. ³Ein Betrag von monatlich weniger als zehn Euro wird nicht gezahlt. ⁴Auszuzahlende Beträge, die nicht volle Euro ergeben, sind bis zu 0,49 € abzurunden und von 0,50 € an aufzurunden.

(5) Maßgeblich sind die Familienverhältnisse zum Zeitpunkt der Antragstellung.

Art. 6

Einkommen

(1) ¹Als Einkommen gilt die nicht um Verluste in einzelnen Einkommensarten zu verminderte Summe der positiven Einkünfte im Sinn des § 2 Abs. 1 und 2 EStG abzüglich 24 v.H., bei Personen im Sinn des § 10c Abs. 3 EStG abzüglich 19 v.H. und der Entgeltersatzleistungen, gemindert um folgende Beträge:

1. Unterhaltsleistungen an andere Kinder, für die die Einkommensgrenze nicht nach Art. 5 Abs. 2 Satz 3 erhöht worden ist, bis zu dem durch Unterhaltstitel oder durch Vereinbarung festgelegten Betrag,
2. Unterhaltsleistungen an sonstige Personen, soweit sie nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 oder § 33a Abs. 1 des EStG berücksichtigt werden,
3. Pauschbetrag nach § 33b Abs. 1 bis 3 EStG wegen der Behinderung eines Kindes, für das die Eltern Kindergeld erhalten oder ohne die Anwendung des § 65 Abs. 1 EStG oder des § 4 Abs. 1 BKGG erhalten würden, oder wegen der Behinderung der berechtigten Person, ihres Ehegatten, ihres Lebenspartners oder des anderen Elternteils im Sinn von Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1.

²Als Einkommen gelten nicht Einkünfte, die gemäß §§ 40 bis 40b EStG pauschal versteuert werden können. ³Entgeltersatzleistungen im Sinn von Satz 1 sind das Elterngeld, soweit es nicht nach § 10 BEEG unberücksichtigt bleibt, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Verletztengeld oder eine vergleichbare Entgeltersatzleistung des Dritten, Fünften, Sechsten oder Siebten Buches Sozialgesetzbuch, des Bundesversorgungsgesetzes, des Soldatenversorgungsgesetzes oder einer aus dem Europäischen Sozialfonds finanzierten vergleichbaren Entgeltersatzleistung.

(2) Für die Berechnung des Landeserziehungsgeldes ist das Einkommen im Kalenderjahr der Geburt des Kindes, beim angenommenen Kind das Einkommen im Kalenderjahr seiner Aufnahme mit dem Ziel der Annahme als Kind bei der berechtigten Person maßgebend.

(3) ¹Zu berücksichtigen ist das Einkommen der berechtigten Person und ihres Ehegatten oder Lebenspartners, soweit sie nicht dauernd getrennt leben. ²Leben die Eltern in einer

eheähnlichen Gemeinschaft, ist auch das Einkommen des Partners zu berücksichtigen; dabei reicht die formlose Erklärung über die gemeinsame Elternschaft und das Zusammenleben aus.

(4) Soweit ein ausreichender Nachweis der Einkünfte in dem maßgebenden Kalenderjahr nicht möglich ist, werden der Ermittlung die Einkünfte in dem Kalenderjahr davor zugrunde gelegt.

(5) ¹Bei Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit, die allein nach ausländischem Steuerrecht zu versteuern sind oder keiner staatlichen Besteuerung unterliegen, ist von dem um den Arbeitnehmer-Pauschbetrag gemäß § 9a Satz 1 Nr. 1 EStG verminderten Bruttobetrag auszugehen. ²Andere Einkünfte, die allein nach ausländischem Steuerrecht zu versteuern sind oder keiner staatlichen Besteuerung unterliegen, sind entsprechend § 2 Abs. 1 und 2 EStG zu ermitteln. ³Beträge in ausländischer Währung werden in Euro umgerechnet.

(6) ¹Ist die berechtigte Person während des Bezugs von Landeserziehungsgeld nicht erwerbstätig, bleiben ihre Einkünfte aus einer vorherigen Erwerbstätigkeit unberücksichtigt. ²Ist sie während des Bezugs von Landeserziehungsgeld erwerbstätig, sind ihre voraussichtlichen Erwerbseinkünfte in dieser Zeit maßgebend. ³Sonderzuwendungen bleiben unberücksichtigt. ⁴Entgeltersatzleistungen der berechtigten Person werden nur während des Bezugs des Landeserziehungsgeldes berücksichtigt. ⁵Für die anderen Einkünfte gelten die übrigen Vorschriften des Art. 6.

(7) ¹Ist das durchschnittliche monatliche Einkommen während des Bezugszeitraums des Landeserziehungsgeldes um mindestens 20 v. H. geringer als das im nach Abs. 2 maßgeblichen Zeitraum erzielte durchschnittliche monatliche Einkommen wird das Einkommen auf Antrag neu ermittelt. ²Dabei sind die insoweit verringerten voraussichtlichen Einkünfte während des Bezugszeitraums zusammen mit den übrigen Einkünften nach Art. 6 maßgebend.

Art. 7

Berücksichtigung bei anderen Sozialleistungen, Pfändung

(1) Das Landeserziehungsgeld ist eine vergleichbare Leistung des Landes im Sinn von § 27 Abs. 4 BEEG und § 54 Abs. 3 Nr. 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I).

(2) Die dem Landeserziehungsgeld, dem Elterngeld und dem Mutterschaftsgeld vergleichbaren Leistungen, die im Ausland in Anspruch genommen werden können, sind, soweit sich aus dem vorrangigen Recht der Europäischen Union über Familienleistungen nichts Abweichendes ergibt, anzurechnen und schließen insoweit Landeserziehungsgeld aus.

Art. 8

Mitwirkungspflichten, Einkommens- und Arbeitszeitnachweis, Auskunftspflicht des Arbeitgebers

(1) § 60 Abs. 1 SGB I gilt auch für den Ehegatten oder Lebenspartner des Antragstellers und für den Partner der eheähnlichen Gemeinschaft.

(2) Soweit es zum Nachweis des Einkommens oder der wöchentlichen Arbeitszeit erforderlich ist, hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer dessen Brutto-Arbeitsentgelt und Sonderzuwendungen sowie die Arbeitszeit zu bescheinigen.

(3) Die zuständigen Behörden können eine schriftliche Erklärung des Arbeitgebers oder des Selbständigen darüber verlangen, ob und wie lange die Elternzeit beziehungsweise die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit andauert oder eine Teilzeittätigkeit nach Art. 1 Abs. 7 ausgeübt wird.

Art. 9

Rechtsweg

¹Über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Art. 1 bis 8 entscheiden die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit. ²Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

Art. 10

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 60 Abs. 1 Nrn. 1 oder 3 SGB I in Verbindung mit Art. 8 Abs. 1 auf Verlangen die leistungserheblichen Tatsachen nicht angibt oder Beweisurkunden nicht vorlegt,
2. entgegen § 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I eine Änderung in den Verhältnissen, die für den Anspruch auf Landeserziehungsgeld erheblich ist, der zuständigen Behörde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig mitteilt,
3. entgegen Art. 8 Abs. 2 auf Verlangen eine Bescheinigung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig ausfüllt oder
4. einer vollziehbaren Anordnung nach Art. 8 Abs. 3 zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörden im Sinn des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die gemäß Art. 12 Abs. 1 zuständigen Behörden.

Art. 11

Ergänzendes Verfahren

(1) ¹Soweit dieses Gesetz keine ausdrückliche Regelung trifft, ist bei der Ausführung das Erste Kapitel des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden. ²Das Erste Buch Sozialgesetzbuch findet entsprechende Anwendung.

(2) ¹Erhöht sich die Anzahl der Kinder oder treten die Voraussetzungen nach Art. 2, 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 6 und 7 nach der Entscheidung über das Landeserziehungsgeld ein, werden sie mit Ausnahme des Art. 6 Abs. 6 nur auf Antrag berücksichtigt. ²Soweit diese Voraussetzungen danach wieder entfallen, ist das unerheblich. ³Die Regelungen nach Art. 4 Abs. 4, Art. 8 Abs. 1 und 3 bleiben unberührt.

(3) Mit Ausnahme von Abs. 2 sind nachträgliche Veränderungen im Familienstand einschließlich der Familiengröße und im Einkommen nicht zu berücksichtigen.

(4) ¹In den Fällen des Abs. 2 und, mit Ausnahme von Abs. 3, bei sonstigen wesentlichen Veränderungen in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die für den Anspruch auf Landeserziehungsgeld erheblich sind, ist über das Landeserziehungsgeld mit Beginn des nächsten Lebensmonats nach der wesentlichen Änderung der Verhältnisse durch Aufhebung oder Änderung des Bescheids neu zu entscheiden. ²Art. 4 Abs. 3 und 4 bleiben unberührt.

(5) § 331 SGB III gilt entsprechend.

Art. 12 Verordnungsermächtigungen

(1) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Behörden zu bestimmen.

(2) Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die für den Vollzug des § 18 BEEG zuständige Stelle zu bestimmen.

(3) ¹Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung die Einkommensgrenzen gemäß Art. 5 Abs. 2 anzupassen. ²Dabei ist der Entwicklung der Einkommensverhältnisse, den Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie der finanzwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Art. 13 Statistik

(1) Zum Landeserziehungsgeld werden nach diesem Gesetz statistische Angaben (Statistik) erfasst.

(2) Die Statistik erfasst jährlich für das vorangegangene Kalenderjahr für jede Bewilligung von Landeserziehungsgeld folgende Erhebungsmerkmale der Empfängerin oder des Empfängers:

1. Geschlecht, Geburtsmonat und Geburtsjahr,
2. Staatsangehörigkeit,
3. Wohnsitz/gewöhnlicher Aufenthalt,
4. Familienstand,
5. Anzahl der Kinder,
6. Dauer des Landeserziehungsgeldbezugs,
7. Höhe des monatlichen Landeserziehungsgeldes,
8. Umfang der Erwerbstätigkeit während des Bezugs von Landeserziehungsgeld.

(3) Hilfsmerkmale sind Geburtsjahr und -monat des Kindes sowie Bezeichnung und Anschrift der zuständigen Behörden.

(4) ¹Die statistischen Daten werden von den für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden bei der Bearbeitung der Anträge auf Landeserziehungsgeld erfasst. ²Die Antragsteller sind auskunftspflichtig.

Art. 14 Übergangsregelungen

(1) Für Kinder, die vor dem 1. Januar 2001 oder vor dem 1. Juli 2002 geboren oder bei der berechtigten Person mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen worden sind, gilt Art. 9 des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. April 2004 (GVBl S. 132, BayRS 2170-3-A).

(2) Für Kinder, die vor dem 1. Januar 2007 geboren oder bei der berechtigten Person mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen worden sind, gilt das Bayerische Landeserziehungsgeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. April 2004 (GVBl S. 132, BayRS 2170-3-A), geändert durch Art. 34 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), in der bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Fassung.

(3) Für Kinder, die ab dem 1. Januar 2007 und vor dem 1. Januar 2009 geboren oder bei der berechtigten Person mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen worden sind, gilt das Bayerische Landeserziehungsgeldgesetz in der vorliegenden Fassung mit der Maßgabe, dass in Art. 5 Abs. 2 Satz 2 die Worte „25 000 € und bei anderen Berechtigten 22 000 €“ durch die Worte „16 500 € und bei anderen Berechtigten 13 500 €“ ersetzt werden.

Art. 15 Änderung anderer Rechtsvorschriften

(1) In Art. 1 Abs. 2 Nr. 6 des Bayerischen Gesetzes über die Zuständigkeit zum Vollzug von Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Anlagen- und Produktsicherheit und des Chemikalienrechts (Bayerisches Arbeitsschutz-Zuständigkeitsgesetz – BayArbZustG) vom 24. Juli 1998 (GVBl S. 423, BayRS 805-1-UG), zuletzt geändert durch Art. 25 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), wird das Wort „Bundeserziehungsgeldgesetz“ durch die Worte „Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz“ ersetzt.

(2) In Art. 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 987), wird das Wort „Bundeserziehungsgeldgesetzes“ durch die Worte „Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes“ ersetzt.

(3) In Art. 61 Abs. 2 Satz 3 Nr. 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK) werden die Worte „zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (Bundeserziehungsgeldgesetz – BErzGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Februar 2004 (BGBl I S. 206)“ durch die Worte „zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) vom 5. Dezember 2006 (BGBl I S. 2748)“ ersetzt.

(4) In Art. 52 Nr. 2 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte – KWBG – (BayRS 2022-1-I), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 405), wird das Wort „Bundeserziehungsgeldgesetzes“ durch die Worte „Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes“ ersetzt.

Art. 16 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft. ²Mit Ablauf des 31. Dezember 2006 tritt das Bayerische Gesetz zur Zahlung eines Landeserziehungsgeldes und zur Ausführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz – BayLErzGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. April 2004 (GVBl S. 132, BayRS 2170-3-A), geändert durch Art. 34 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), außer Kraft.

Begründung:

Das Gesetz regelt die Inanspruchnahme des Landeserziehungsgeldes und passt es an das BEEG an. Von den nachfolgend im Einzelnen dargestellten Änderungen abgesehen, entspricht es dem für Geburten bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Recht.

Auf Grund des Außerkrafttretens des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BERzGG) wurde eine Reihe von Regelungen in das Landeserziehungsgeldgesetz überführt, auf die zuvor verwiesen wurde.

Zu Art. 1

Die Vorschrift regelt die Anspruchsberechtigung.

Abs. 1 bis 3, 5 und 6 entsprechen Art. 1 Abs. 1 bis 4 und Abs. 6 BayLErzGG a. F. in Verbindung mit § 1 Abs. 6 Sätze 2 bis 4 BERzGG.

Abs. 1 wurde um Nr. 4 erweitert, die die Leistung von dem Nachweis der für die im 10. bis 12. Lebensmonat (Toleranzgrenze 9. bis 13. Lebensmonat) vorgesehene Früherkennungsuntersuchung für Kinder (U 6) bzw. – bei Leistungsbeginn im dritten Lebensjahr – die im 21. bis 24. Lebensmonat (Toleranzgrenze 20. bis 27. Lebensmonat) vorgesehene Früherkennungsuntersuchung für Kinder (U 7) abhängig macht. Durch die Koppelung der Leistung an die Durchführung der Früherkennungsuntersuchung wird die Gesundheitsprävention ein zusätzliches neues Ziel des Landeserziehungsgeldgesetzes; die Eltern werden an die Durchführung der Untersuchungen erinnert und erhalten einen merklichen finanziellen Anreiz.

Art. 1 Abs. 5 BayLErzGG a. F., betreffend das NATO-Truppengelingen, wurde nicht übernommen, um einen Gleichlauf mit der Anspruchsberechtigung beim Bundeselterngeld herzustellen.

Abs. 7 entspricht § 1 Abs. 6 BEEG.

Zu Art. 2

Die Vorschrift enthält eine Härtefallregelung und entspricht Art. 2 BayLErzGG a. F.

Zu Art. 3

Die Vorschrift regelt das Zusammentreffen von Ansprüchen und entspricht § 3 BERzGG.

Zu Art. 4

Die Vorschrift regelt Beginn, Dauer und Ende des Anspruchs auf Landeserziehungsgeld. Sie entspricht Art. 3 BayLErzGG a. F. In Abs. 1 wurde der Beginn des Anspruchs so an die möglichen Auszahlungszeiträume des Bundeselterngeldes angepasst, dass ein gleichzeitiger Leistungsbezug ausscheidet. Der Anspruch auf Landeserziehungsgeld endet auch dann mit Vollendung des 36. Lebensmonats, wenn dies – bei Inanspruchnahme der Streckungsmöglichkeit gem. § 6 BEEG – zu einer Verkürzung der Anspruchsdauer führt.

Die mögliche Rückwirkung von Anträgen wird entsprechend § 7 Abs. 1 Satz 2 BEEG von sechs auf drei Monate verkürzt.

Zu Art. 5

Die Vorschrift regelt die Leistungshöhe.

Abs. 1 entspricht Art. 4 Abs. 1 BayLErzGG a. F. in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Satz 4 BERzGG, wobei die Leistungshöhe um je 50 € gekürzt wurde. Die Kürzung war wegen der veränderten Anrechnungsregelung des § 10 BEEG nötig und erfolgte im Übrigen, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht zu gefährden.

Abs. 2 bis 5 entsprechen Art. 4 Abs. 2 BayLErzGG a. F. in Verbindung mit § 5 Abs. 3 bis 5 und § 6 BERzGG. Dabei konnten die Einkommensgrenzen angehoben werden (für Geburten ab 1. Januar 2009, vgl. Art. 14 Abs. 3). Die Anhebung war erforderlich, um Familien mit mittleren Einkommen wieder stärker zu erreichen.

Zu Art. 6

Die Vorschrift regelt die Einkommensermittlung und entspricht im wesentlichen § 6 BERzGG.

In Abs. 2 wird das Kalenderjahr der Geburt als maßgebliche Berechnungsgrundlage festgelegt. Der maßgebliche Einkommensteuerbescheid ist auch für die endgültige Festsetzung des Bundeselterngeldes bedeutsam. Er liegt bei Antragstellung auf Landeserziehungsgeld in aller Regel vor und braucht vom Bürger nur einmal eingereicht zu werden. Härtefälle können im Rahmen des Abs. 7 ausgeglichen werden.

Zu Art. 7 bis 11

Art. 7 bis 11 entsprechen dem für Geburten bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Recht.

Zu Art. 12

In Art. 12 Abs. 1 und 2 sind die Ermächtigungen zum Erlass einer Zuständigkeitsverordnung zur Ausführung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes und des § 18 BEEG geregelt.

Abs. 3 ermächtigt das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, die Einkommensgrenzen in regelmäßigen Abständen an die Entwicklung der Einkommensverhältnisse, die Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie die finanzwirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Damit wird sichergestellt, dass das Bayerische Landeserziehungsgeldgesetz kontinuierlich Familien mit mittleren Einkommen erfasst.

Zu Art. 13

Die Vorschrift regelt die statistische Erfassung und entspricht im Wesentlichen § 23 BErzGG.

Zu Art. 14

Die Übergangsvorschrift regelt in ihrem Abs. 3 auch die Anhebung der Einkommensgrenzen für Geburten ab 1. Januar 2009.

Zu Art. 15

Die Vorschrift normiert redaktionelle Anpassungen an das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz in Bayerischen Gesetzen.

Zu Art. 16

Art. 16 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes sowie das Außerkrafttreten des Bayerischen Gesetzes zur Zahlung eines Landeserziehungsgeldes und zur Ausführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes (BayLErzGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. April 2004 (GVBl S. 132, BayRS 2170-3-A), zuletzt geändert durch Art. 34 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287).